Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 933**

18. Wahlperiode Eingang: 11.11.2026

Antrag

des Abg. Martin Hahn u. a. Grüne

Erneuerbare Energien in der Landwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Landnutzung in Baden-Württemberg in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2025 zusammensetzt (bitte Entwicklung der Gesamtfläche aufgeschlüsselt nach Nutzungsarten [Siedlungs-, Industrie-, Gewerbe-, Verkehrs-, Landwirtschafts-, Wald-, Moorfläche] sowie nach Regierungsbezirken, Angabe sowohl in Hektar als auch prozentual);

2. welche zusätzliche Flächeninanspruchnahme prozentual pro Jahr in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2025 durch Energieanlagen, Verkehrsinfrastruktur wie auch Siedlungs- sowie Gewerbeausbau vorliegt;

3. wie sich die Nutzung landwirtschaftlich genutzter Fläche nach Betriebszweigen (nachwachsende Rohstoffe, Biogas, Ethanol, Futterbau, Marktfruchtanbau, Sonderkulturen, Weidehaltung) in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2025 darstellt (landesweit aufgeschlüsselt nach Landkreisen, Angabe sowohl in Hektar als auch prozentual);

4. wie sich die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe (innerbetrieblich und mit angegliedertem Gewerbe), welche erneuerbare Energie nutzen, seit 2011 in Baden-Württemberg entwickelt hat (aufgeschlüsselt nach Biogasanlagen, Photovoltaik-Dachanlagen, Agri-Photovoltaikanlagen [Agri-PV], Photovoltaik-Freiflächenanlagen wie auch sonstigen Bioenergieanlagen);

5. wie sich die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen zur energetischen Nutzung durch Dritte seit 2010 entwickelt hat (aufgeschlüsselt nach Biogasanlagen, Photovoltaik-Dachanlagen Agri-PV, Photovoltaik-Freiflächenanlagen wie auch sonstigen Bioenergieanlagen);

6. welche faktischen wie auch rechtlichen Hemmnisse derzeit einer stärkeren Flexibilisierung der Biogasanlagen durch Vergrößern der installierten elektrischen Leistung entgegenstehen, mit der Angabe, welche konkreten Maßnahmen sie plant, um die gesicherte beziehungsweise flexibel einsetzbare Leistung der Biogasanlagen entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag zu verdoppeln und wie sie dabei den aktuellen Stand der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) bewertet;

7. wie viele Biogasanlagen mit welcher elektrischen Leistung sich in der vergangenen Ausschreibungsrunde erfolglos um eine EEG-Förderung beworben haben, wie viele Anlagen trotz Förderende gar nicht erst an der Ausschreibung teilnahmen und was sie für die Zukunft erwartet;

8. wie sie sich gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und im Bundesrat für eine Erhöhung der Ausschreibungsmenge wie auch für auskömmliche Rahmenbedingungen für die Nutzung der Bioenergie in Baden-Württemberg einsetzt;

9. welche Möglichkeiten sie sieht, Strom- und Wärmeerzeugung aus Biomasse mit der Ernährungssicherung zu verbinden, welche Bedeutung sie dabei Wirtschaftsdüngern beimisst (differenziert nach landwirtschaftlichen Rest- und Nebenstoffen, Bioabfällen, Zwischenfrüchten, mehrjährigen Kulturen wie auch Landschaftspflegematerial);

10. welche Ergebnisse ihr aus den vom Land begleiteten oder geförderten Agri-Photovoltaik-Pilot- und Forschungsprojekten bisher vorliegen, insbesondere hinsichtlich landwirtschaftlicher Erträge, Qualität der erzeugten Lebens- bzw. Futtermittel, Wasserverbrauch, Schutz vor Hitze, Hagel und Starkregen, Biodiversität, Stromertrag, Wirtschaftlichkeit und welche Schlussfolgerungen sie aus den vorhandenen Ergebnissen zieht;

11. welche Potenziale nach ihrer Kenntnis für Agri-Photovoltaik in Baden-Württemberg (aufgeschlüsselt nach Ackerbau, Grünland, Obstbau, Weinbau wie auch weiteren Sonderkulturen) bestehen und welche Maßnahmen sie ergreift hinsichtlich der Erleichterung von Planung, Genehmigung, Errichtung und Betrieb von Agri-Photovoltaikanlagen, um die Potenziale voll auszuschöpfen.

11.11.2026

Hahn, Braun, Joukov, Schweizer, Tonojan, Bayer, Frank, Nentwich GRÜNE

B e g r ü n d u n g

Spätestens der Dürresommer 2026 führt uns die Folgen des menschengemachten Klimawandels deutlich vor Augen. Besonders spürbar treffen sie unsere Landwirtinnen und Landwirte. Die Nutzung des Potenzials Erneuerbarer Energien bildet daher einen zentralen Baustein für wirksamen Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg leisten hierzu bereits einen wichtigen Beitrag. Mit Photovoltaik-Dachanlagen waren viele landwirtschaftlichen Betriebe ein Treiber der Energiewende. Mit Biogas und Freiflächenphotovoltaik erzeugen viele Betriebe klimafreundliche Energie und stärken damit zugleich die regionale Wertschöpfung. Insbesondere Agri-PV bietet die Chance, landwirtschaftliche Produktion und Energieerzeugung auf derselben Fläche miteinander zu verbinden und Kulturen vor extremen Witterungseinflüssen zu schützen.

Der Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg verankert das Ziel, die Nennleistung von Biogasanlagen, bei gleichbleibender Strommenge, zu verdoppeln. Der Antrag soll klären, wie die Landesregierung dieses Ziel unter den sich verändernden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen erreichen will und welche weiteren Potenziale Biogas für Klimaschutz, Versorgungssicherheit, regionale Wärmeversorgung und Wertschöpfung im ländlichen Raum bietet.